



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bayern-Ei-Skandal endlich lückenlos aufklären, Verantwortliche benennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, durch die Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf über folgende Punkte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 16. Februar 2017 zu berichten:

- Wer trägt die Verantwortung für die großen Versäumnisse durch die verspätete bzw. nicht stattgefunden Information der Bevölkerung über die Gefahr, die durch den Verkauf von salmonellenbelasteten Eiern auch in Bayern entstanden ist?
- Von welchem Zeitpunkt an wussten die Behörden über das Ausmaß des Lebensmittelkandals und die Anzahl der Erkrankten Bescheid?
- Haben die Behörden absichtlich Informationen zurückgehalten?
- Welche innerbehördlichen Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den Vorfällen?

Begründung:

Bereits seit fast zwei Jahren sorgt der Lebensmittelkandal rund um die Firma Bayern-Ei für negative Schlagzeilen. In dieser Zeit wäre eine lückenlose Aufklärung seitens der Staatsregierung mehrmals möglich gewesen, doch die Staatsregierung weist jegliche Schuld von sich und lässt alle Beteiligten und die Verbraucher im Unklaren. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Regensburg im Verfahren gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Firma Bayern-Ei deuten erneut auf eklatante Versäumnisse durch die Staatsregierung hin und lassen die Aussagen von Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf fragwürdig erscheinen.

Die Staatsregierung muss nun endlich Konsequenzen daraus ziehen und für mehr Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit einstehen. Diese Konsequenzen dürfen nicht durch vermehrte Kontrollen auf dem Rücken der bäuerlichen Familienbetriebe ausgetragen werden, sondern müssen endlich die politisch Verantwortlichen sowie die zuständigen Behörden treffen. Sollte eine umfassende und transparente Aufklärung im Ausschuss nicht erfolgen, muss ein Untersuchungsausschuss die Folge sein.